

Zielstellung und Vorgehen des "BMB" wurde auch im vergangenen Jahr wesentlich unterstützt durch die Arbeitsweise und das Verhalten der diplomatischen Vertretungen der BRD in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten - wie auch einiger anderer NATO-Staaten -, die die ihnen eingeräumten Arbeitsmöglichkeiten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR mißbrauchten. Hervorzuheben ist dabei insbesondere die von den BRD-Missionen geübte Praxis, DDR-Bürgern (Einzelpersonen, Familien, größere Personengruppen) länger währenden Aufenthalt und Unterkunft bis zu 13 Tagen zu gestatten, vor allem in den Räumlichkeiten der Ständigen Vertretung in Berlin (103 Personen)⁺ sowie der Botschaften in Budapest (27), Prag (12) und Warschau (17), wodurch seitens der DDR-Bürger erpresserischer Druck auf die Staatsorgane der DDR ausgeübt werden sollte.

Insbesondere als Folge der Hetzkampagnen im Zusammenhang mit den Januarereignissen 1988, im Ergebnis der Nachahmung der im Vorfeld des Berliner Treffens gelösten Botschaftsfälle sowie der Wiederaufnahme der Publizierung sogenannter Botschaftsbesetzungen durch die Medien der BRD und Westberlins ab Mitte 1988, hat sich deren Anzahl von ca. 40 Personen im Jahre 1987 auf 169 Personen im Berichtszeitraum erhöht.

10 Personen davon hatten sich in der Britischen Botschaft (9) bzw. der Botschaft der USA (1) in der DDR festgesetzt; 13 Personen, die mit gleicher Zielstellung in die Botschaft des Königreiches Dänemarks eingedrungen waren, sind auf Veranlassung deren Botschafters aus dieser entfernt worden.

Den Erkenntnissen der geführten Prüfungs- und Ermittlungshandlungen zufolge wurden die in der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR vorsprechenden Übersiedlungersuchenden zumeist von Mitarbeitern der Rechtsabteilung zu einem Gespräch empfangen und nach ihrem Anliegen befragt.

+ Klammerzahlen: Anzahl der von der Linie IX durchgeführten Prüfungshandlungen